

# BRASILIEN

## Gewerkschaftsmonitor

Mai 2025

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Nach zwei gewerkschaftsfeindlichen Regierungen unter Michel Temer (2016–2018) und Jair Bolsonaro (2019–2022) ist seit Januar 2023 mit Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT), die durch Gewerkschafter\_innen mitgegründet worden ist, wieder ein gewerkschaftsnaher Präsident im Amt. Lula war Gewerkschafter und Vorsitzender der Metallgewerkschaft der ABC-Region (Sindicato dos Metalúrgicos).

Wie auch während der ersten von Lula und der PT geführten Regierungen (2003–2010) verstehen sich die progressiven Gewerkschaften nach zwei Jahrzehnten des gemeinsamen Eintretens für Demokratisierung und politische Erneuerung als Teil des linken Regierungsprojekts. So wie damals soll auch jetzt durch gewerkschaftlichen Einfluss auf die politische Agenda, u. a. in Form der Beteiligung vieler Gewerkschafter\_innen in Regierungsämtern, eine progressive Mindestlohn-, Arbeits- und Sozialpolitik erreicht werden.

Die politische und soziale Lage in Brasilien bleibt jedoch komplex. Die demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen zeigten sich zwar wehrhaft gegenüber den Angriffen des rechtsextremen Präsidenten Bolsonaro und aktiv bei der Verteidigung der Demokratie. Dennoch sind die demokratiefeindlichen Kräfte in der Politik und der Gesellschaft weiterhin stark, international gut vernetzt und in ihren Echo-kammern immer stärker vom demokratischen Diskurs abgekoppelt, verstärkt durch evangelikale Kirchen und soziale Medien.

Zudem dominieren im Kongress konservative bis rechte Parteien, die insbesondere den großen Agrarunternehmen, den evangelikalen Kirchen und der Waffenlobby nahestehen. Die mit der PT verbundenen Parteien belegen hingegen nur knapp ein Drittel der Sitze im Abgeordnetenhaus, weshalb auch konservative und arbeitgebernahe Parteien Teil der Ko-

alitionsregierung sind. Eine soziale und arbeitnehmer\_innenfreundliche Politik ist somit schwer umzusetzen.

Trotz der schwierigen Ausgangslage konnten seit dem Amtsantritt Anfang 2023 Erfolge erzielt werden, etwa bei der Erhöhung des Mindestlohns, bei der Verabschiedung eines Gesetzes zur Lohnparität zwischen Männern und Frauen und beim Kampf gegen Arbeit in Sklaverei ähnlichen Bedingungen.

Strukturelle Probleme der Gewerkschaftsbewegung wie die hohe Fragmentierung der Gewerkschaftslandschaft, die ungeklärte Frage des Finanzierungsmodells der Gewerkschaften und der steigende Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse bleiben jedoch bestehen. Nicht zuletzt aufgrund der politischen Konstellation, in der es keine progressiven Mehrheiten gibt, bleiben grundlegende Reformen schwierig.

#### WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Brasilien ist weiterhin eines der hoffnungsvollsten Schwellenländer der Welt und erlebte während der letzten Jahrzehnte – mit einigen Unterbrechungen – eine Wachstumsphase, von der auch bis dahin benachteiligte Bevölkerungsschichten profitierten. Die wirtschaftliche Lage hat sich seit der Corona-Pandemie zwar verbessert, ist aber für weite Teile der Bevölkerung weiter angespannt. Seit 2021 verzeichnet Brasilien ein stabiles Wirtschaftswachstum von drei bis vier Prozent jährlich. Die Arbeitslosenquote ist mit 6,8 Prozent (Stand: Februar 2025) historisch gering und nur halb so hoch wie während der Pandemie. Jedoch arbeiten 37 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in informellen Tätigkeiten ohne Arbeitsvertrag und soziale Sicherung. Das ist ein hoher Anteil, der allerdings deutlich verringert werden konnte (1990: 60 Prozent) und der geringer ist als in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern.

Der gesetzliche Mindestlohn, der die Gehälter und Renten von rund 48 Millionen Menschen bestimmt, wird auf Vorschlag des Arbeitsministeriums vom Parlament verabschiedet, Gewerkschaften und Arbeitgeber sind nicht einbezo-

gen. Er wurde seit Lulas erster Präsidentschaft konsequent jedes Jahr angehoben, in seinen ersten zwei Mandaten sowie unter Dilma Rousseff erheblich (durchschnittlich neun bis zwanzig Prozent jährlich), danach weniger stark. Unter Temer (durchschnittlich vier Prozent jährlich), Bolsonaro (sechs Prozent) und der aktuellen Lula-Regierung (acht Prozent) ist der Anstieg wenig stark. Von 2010 (510 R\$) bis 2025 (1518 R\$) hat er sich verdreifacht. Der aktuelle Mindestlohn entspricht etwa 250 Euro (hypothetischer Stundenlohn: 1,36 Euro). In einigen Bundesstaaten und in verschiedenen Branchen gelten jedoch höhere Mindestlöhne.

Brasilien gehört zu den ungleichsten Ländern der Welt: Fünf Prozent der reichsten Brasilianer\_innen verfügen monatlich über das, was die restlichen 95 Prozent der Bevölkerung zusammen verdienen. Eine Oxfam-Studie stellte zudem fest, dass die ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung nur über zwei Prozent der Vermögen verfügen.

Die wichtigsten Exportprodukte stellen Rohstoffe (Erdöl, Eisenerz) und landwirtschaftliche Erzeugnisse (Soja und Fleisch) dar. Brasilien ist einer der größten Lebensmittelproduzenten weltweit, die breite Masse der Bevölkerung profitiert davon hingegen kaum. Die Inflation, gerade bei Grundnahrungsmitteln, trifft vor allem die ärmere Bevölkerung. Der Agrarsektor und die Rohstoffförderung schaffen nur vergleichsweise wenige Arbeitsplätze und bringen zudem beträchtliche Umweltprobleme mit sich, wie etwa die Rodung und Entwaldung zur Schaffung von Anbau- und Weidfläche für den Agrarsektor und die hohen Risiken für Unfälle wie die Dammbrüche von Mariana und Brumadinho, die beide in Verbindung zum Eisenerzabbau standen. Der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat konstant abgenommen und beträgt nur noch knapp 13 Prozent (in den 1980er Jahren lag der Anteil bei 25 Prozent). Die Regierung Lula hat verschiedene Programme zur Stärkung der brasilianischen Industrie, teilweise unter grünen und nachhaltigen Vorzeichen, aufgelegt. Diese laufen jedoch erst an; für eine Auswertung ihres Erfolgs ist es noch zu früh.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Im Jahr 2017 wurden durch eine Reform der Regierung Temer (Gesetz Nr. 13.467) mehr als hundert Artikel des Arbeitsgesetzes mit der Begründung geändert, dass es zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung des Formalisierungsgrads notwendig sei, das Arbeitsrecht flexibler zu gestalten. Dies führte in den letzten zu einer zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsverträge und damit zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. So können Arbeitgeber\_innen die gesetzlichen Mindeststandards umgehen, wenn dies mit den Arbeitnehmer\_innen verhandelt wird. Zudem wurde der Zugang zu den Arbeitsgerichten beschränkt und Arbeitnehmer\_innen müssen mit hohen Gerichtsgebühren rechnen, falls sie ihre Fälle vor Gericht verlieren. Dies führte zur Fragmentierung der Arbeitnehmer\_innen und brachte zusätzliche Schwierigkeiten für die Organisation der Gewerkschaften mit sich.

Weitere Einschnitte bedeutete die Reform der sozialen Sicherheit im Jahr 2019, mit der unter anderem das Mindestalter für den Eintritt in den Ruhestand angehoben, die Regeln für die Berechnung von Sozialversicherungsleistungen geändert und Sonderregelungen für den Ruhestand geschaffen wurden. Trotz starken Widerstands waren Gewerkschaftsdachverbände, soziale Bewegungen und linke Parteien nicht in der Lage, die Verabschiedung der Arbeits- und Sozialversicherungsreform zu verhindern.

Am schwersten traf die Gewerkschaften jedoch die Abschaffung der bis dahin für alle formal Beschäftigten obligatorischen Gewerkschaftsabgabe (ein Tageslohn pro Jahr). Nachdem die Gewerkschaftsabgabe weggefallen war, erlebten die Gewerkschaften finanzielle Einbußen von ca. 90 Prozent. Viele Einzelgewerkschaften, die nur mithilfe der Gewerkschaftsabgabe überleben konnten – und teilweise auch nur deswegen gegründet wurden –, sind seitdem in ihrer Existenz bedroht. Als neues Finanzierungsmodell wird eine Abgabe angestrebt, die das Ergebnis von Kollektivverhandlungen sein und von allen Arbeitnehmer\_innen eines Sektors gezahlt werden soll, unabhängig ob diese Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht.

Die notwendige Reorganisation der Gewerkschaftsstrukturen ist eine enorme Aufgabe, die neben konkreten administrativen Fragen auch Machtfragen innerhalb der Gewerkschaftslandschaft berührt. Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften auf die aktuellen und strukturellen Herausforderungen des Arbeitsmarkts reagieren: der große informelle Sektor, die Prekarisierung der Arbeit und die Transformation des Arbeitsmarktes durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz.

Zwar ist die Zahl der Arbeitsplätze derzeit historisch hoch und die Arbeitslosigkeit relativ gering. Viele Arbeitsstellen sind jedoch prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wenig geschützt und wenig stabil. Es gibt eine zunehmende Individualisierung der Arbeitsverhältnisse mit verschiedenen Einschränkungen beim Schutz der Arbeitnehmer\_innen durch Gewerkschaften, Arbeitsrecht und Arbeitsjustiz. Auch die über digitale Plattformen und Apps stattfindenden Arbeitsbeziehungen tragen zur zunehmenden Informalisierung, zum Abbau von Rechten und zur Zunahme von Krankheiten bei der Arbeit bei. Ungleichheit und Prekarität am Arbeitsplatz haben auch rassische und geschlechtsspezifische Merkmale, denn Schwarze und Frauen sind sozial am stärksten gefährdet, sind am häufigsten arbeitslos oder unterbeschäftigt und haben die niedrigsten Einkommen.

---

## GEWERKSCHAFTEN IN BRASILIEN – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Die organisierte Arbeiter\_innenbewegung in Brasilien begann bereits in der ersten Republik (1889–1930). Anarcho-syndikalist\_innen, vor allem in der Stadt São Paulo, waren intensiv am Aufbau der noch unabhängigen Gewerkschafts-

bewegung beteiligt. Streiks waren illegal und wurden von der Polizei mit aller Härte unterdrückt.

Ab den 1930er-Jahren änderte sich das staatliche Vorgehen. In dieser Zeit entstanden die staatlich gelenkten oder »betreuten« Gewerkschaften. Das Hauptmerkmal, neben dem Eingreifen des Staates in die Organisation der Gewerkschaften, war die Schaffung von drei Säulen, welche die Gewerkschaftsstruktur praktisch bis heute prägen: offizielle Anerkennung von Gewerkschaften durch Registrierung, die Bildung von Einheitsgewerkschaften sowie die Gewerkschaftssteuer. Dies war auch ein Ergebnis der Kämpfe der Arbeiter\_innen- und Gewerkschaftsbewegungen, die in dieser Zeit eine starke strukturelle Kraft besaßen. Zudem wandelte sich in dieser Zeit die Zusammensetzung der Arbeiter\_innenklasse durch starken Zuwachs überwiegend aus dem ländlichen Raum tiefgreifend.

Mit massiven Streiks Ende der 1970er-Jahre wurde das sogenannte neue Gewerkschaftswesen begründet. Die Gewerkschaften behielten zwar die korporative Struktur des Staates bei, streikten aber nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen in den Fabriken, sondern auch für das Ende der Militärdiktatur. Die 1. Nationale Konferenz der Arbeiterklassen (CONCLAT) im August 1981 versammelte Tausende von Organisationen und Gewerkschaftsdelegierten gegen die Diktatur und für die Gewerkschaftsfreiheit. Von da an spielte die bra-

silianische Arbeiter\_innenbewegung eine tragende Rolle, zunächst im Widerstand gegen die Militärdiktatur und für die Demokratisierung sowie anschließend für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Insbesondere ab den 1990er-Jahren bemühten sich die Gewerkschaften um mehr politischen Einfluss und orientierten sich im Zuge industrieller Umstrukturierungen von Generalstreiks hin zu Sozialpartnerschaften sowie zu Verhandlungen und Streiks in Unternehmen.

**GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT**

Brasilien hat zehn Gewerkschaftsdachverbände, die ein breites politisches Spektrum abdecken. Der größte und wichtigste der anerkannten brasilianischen Dachverbände, die Central Única dos Trabalhadores (CUT), zeichnet sich durch einen gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch aus, tritt für demokratische Arbeitsbeziehungen, innergewerkschaftliche Demokratie sowie eine Allianzpolitik mit progressiven sozialen Akteuren ein und ist eng mit der PT verbunden. Andere Gewerkschaftsdachverbände wie Força Sindical (FS), die União Geral dos Trabalhadores (UGT), die Nova Central Sindical de Trabalhadores (NCST) und die Central dos Sindicatos Brasileiros (CSB) haben je nach Kontext unterschiedliche Ausrichtungen, aber nur wenige formale Parteibindungen, obwohl sie Affinitäten zu Mitte-rechts-Parteien aufweisen.

Tabelle 1  
**Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Brasilien**

| Dachverband  | Vorsitz / stv. Vorsitz  | Mitglieder           | Internationale Mitgliedschaften  |
|--|---|----------------------|--|
| Central Única dos Trabalhadores, CUT<br>(Einheitliche Arbeiter_innenzentrale)                        | Sérgio Nobre,<br>Juvândia Moreira                                   | 2 447 Gewerkschaften | Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), Weltgewerkschaftsbund (WGB), Gewerkschaftsbund der Amerikas (CSA) |
| Força Sindical, FS<br>(Gewerkschaftliche Kraft)  | Miguel Torres,<br>Sérgio Leite                                      | 1 773 Gewerkschaften | IGB  |
| União Geral dos Trabalhadores, UGT<br>(Allgemeine Arbeiter_innenvereinigung)                         | Ricardo Patah,<br>Jose Roberto Santiago Gomes                       | 1 341 Gewerkschaften | IGB, CSA   |
| Nova Central Sindical, NCST<br>(Neue Gewerkschaftszentrale)  | Oswaldo Augusto de Barros,<br>Moacyr Roberto Tesch Auersvald        | 1 240 Gewerkschaften | IGB  |
| Central dos Sindicatos Brasileiros, CSB<br>(Zentrale der brasilianischen Gewerkschaften)             | Antonio Fernandes dos Santos Neto,<br>Ailton Coelho de Ataíde Filho | 900 Gewerkschaften   | IGB  |
| Central dos Trabalhadores e Trabalhadoras do Brasil, CTB<br>(Zentrale der Arbeiter_innen Brasiliens) | Adilson Gonçalves de Araújo,<br>Ubiraci Dantas de Oliveira          | 821 Gewerkschaften   | IGB, WGB   |
| Central Sindical e Popular Conlutas, CSP-Conlutas<br>(Gewerkschafts- und Volkszentrale Conlutas)     | Edson Carneiro,<br>Paulo Barela                                     | 102 Gewerkschaften   | WGB  |

Die FS beispielsweise rühmt sich seit ihrer Gründung, ein parteipolitisch ungebundener Dachverband zu sein, wurde jedoch von Parteien gegründet und finanziell unterstützt, die einer neoliberalen Agenda anhängen. Allerdings unterstützte die FS gemeinsam mit UGT, NCST, CSB, CTB und CGTB aufgrund des institutionellen Ansatzes auch die PT-Regierungen. Im politischen Spektrum eher links angesiedelt sind die Gewerkschaftszentralen mit formalen Verbindungen zu linken Parteiorganisationen, wie die der Partido Socialismo e Liberdade (PSOL) angeschlossene Intersindical, die der Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado (PSTU) angehörende Central Sindical e Popular Conlutas (CSP-Conlutas) und die von der Partido Comunista do Brasil (PCdoB) und Partido Socialista Brasileiro (PSB) gegründete Central dos Trabalhadores e Trabalhadoras do Brasil (CTB).

Dieselben Gewerkschaftsdachverbände leiten die Organisation der Arbeitnehmer\_innen in verschiedenen Sektoren. Die CUT organisiert Beschäftigte vom Land und aus der Stadt, aus dem privaten und dem öffentlichen Sektor, Aktive und Rentner\_innen, wobei seit 2015 fast die Hälfte der Mitglieder aus dem ländlichen Raum und mehr als ein Drittel aus dem öffentlichen Sektor stammt. Die FS, der zweitgrößte Gewerkschaftsdachverband, hat mehr Gewicht im privaten Sektor, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Er ist stark in Sektoren wie dem Baugewerbe, dem Verkehrswesen und der verarbeitenden Industrie vertreten. Die UGT ist vor allem in verschiedenen Zweigen des Dienstleistungssektors stark vertreten, von der Informationstechnologie über den tertiären und informellen Sektor bis hin zu

den Selbstständigen. Obwohl die Dachverbände im politisch-ideologischen Bereich Rivalitäten aufweisen, kommt es bei den nationalen Agenden gelegentlich zu einem einheitlichen Vorgehen.

Die politisch und gesellschaftlich sehr schwierige Lage während der Regierungszeit Jair Bolsonaro und der Widerstand gegen dessen Politik hat zu einer Annäherung der Gewerkschaftsdachverbände geführt. Im informellen Forum der Gewerkschaftsdachverbände (Forum das Centrais Sindicais) kommen die Präsident\_innen von zehn Gewerkschaftsdachverbänden regelmäßig zusammen und stimmen sich ab.

Brasilien verfügt, anders als Deutschland, nicht über landesweit aktive Branchengewerkschaften mit regionalen Niederlassungen. Der Zuständigkeitsbereich einer Gewerkschaft ist auf jeweils eine Stadt bzw. ein Ballungsgebiet beschränkt. Dies führt zu einer extremen Fragmentierung der Gewerkschaftslandschaft und zu einer Vielzahl an kleinen städtischen Einzelgewerkschaften. Nachdem 2017 die Pflicht zur Zahlung der Gewerkschaftsabgabe abgeschafft wurde, ist die Zahl der registrierten Gewerkschaften in Brasilien deutlich zurückgegangen. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums ging deren Anzahl von 16.342 registrierten Gewerkschaften im Jahr 2017 auf 11.327 im Jahr 2018 zurück. Bis April 2025 stieg die Anzahl wieder auf 12.416 registrierte Gewerkschaften an, was gegenüber 2017 immer noch einen Rückgang von 24 Prozent darstellt. Diese Entwicklung führte bisher allerdings nicht zu einer Reorganisation und

Tabelle 2  
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Brasilien

| Branchenverband/<br>Gewerkschaft   | Dachverband   | Vorsitz / stv. Vorsitz   | Mitglieder  | Internationale<br>Mitgliedschaften   |
|--|---|--|---|--|
| Confederação Nacional dos Trabalhadores na Agricultura, CONTAG (Nationales Bündnis der Arbeiter_innen in der Landwirtschaft) | 2009 aus dem CUT ausgetreten, Mitgliedsgewerkschaften sind teils bei CUT oder CTB organisiert | Vorsitzender:<br>Vania Marques Pinto<br>Generalsekretärin:<br>Maria José Moraes da Costa   | 4 000 Gewerkschaften,<br>20 Mio. Mitglieder   | Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter_innen-Gewerkschaften (IUL) |
| Confederação Nacional dos Metalúrgicos, CNM/CUT (Nationales Metallbündnis)   | CUT   | Vorsitzender:<br>Loricardo de Oliveira<br>Generalsekretär:<br>Renato Carlos de Almeida<br>Internationaler Sekretär:<br>Macon Michel da Silva | 69 Mitgliedsgewerkschaften, legale<br>Vertretung von etwa<br>1 Mio. Arbeiter_innen,<br>wovon 450 000<br>Mitglieder sind | IndustriALL  |
| Confederação Nacional dos Trabalhadores Metalúrgicos, CNTM/FS (Nationales Bündnis der Metallarbeiter_innen)                  | Força Sindical  | Vorsitzender:<br>Miguel Torres<br>Generalsekretär:<br>Pedro Celso Rosa<br>Internationaler Sekretär:<br>Edison Luiz Venâncio                  | 157 Mitgliedsgewerkschaften, legale<br>Vertretung für<br>1,1 Mio. Mitglieder  | IndustriALL  |

Konzentration der Gewerkschaften, die von progressiven Dachverbänden schon lange angestrebt wird.

Die Schwierigkeiten bei dieser Reorganisation und dem Zusammenschluss von Gewerkschaften sind sowohl mit der brasilianischen Gewerkschaftsstruktur zu begründen, die auf der ursprünglichen Gesetzgebung von 1943 beruht, als auch mit dem Fehlen wirksamer Garantien für die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb und dem Schutz der Gewerkschaftsarbeit, wie unten ausgeführt.

Überlebenswichtig für die Gewerkschaften und Dachverbände ist die Gewinnung zahlender Mitglieder, auch in den durch die Transformation der Arbeitswelt neuen (zumeist prekären) Beschäftigungsfeldern sowie im informellen Sektor. Im Jahr 2023 waren von den 100,7 Millionen Beschäftigten 8,4 Prozent Gewerkschaftsmitglieder. Gegenüber 2012, als es 14,4 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer\_innen (16,1 Prozent) gab, hat sich dieser Anteil fast halbiert. Im Vergleich zu 2012 gab es die stärksten Rückgänge des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in den Branchen Verkehr, Lagerei und Post mit 12,9 Prozentpunkten (von 20,7 Prozent auf 7,8 Prozent), in der allgemeinen Industrie mit 11,0 Prozentpunkten (von 21,3 Prozent auf 10,3 Prozent) und in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Bildung, Gesundheits- und Sozialdienste mit 10,1 Prozentpunkten (von 24,5 Prozent auf 14,4 Prozent). 8,5 Prozent der erwerbstätigen Männer sind Gewerkschaftsmitglieder, während der Anteil der Frauen bei 8,2 Prozent liegt.

## ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Das brasilianische Arbeits- und Gewerkschaftsrecht basiert auf dem Gesetz zur Konsolidierung der Arbeitsgesetze (CLT) von 1943, welches von Mussolinis *Carta del Lavoro* inspiriert wurde. Die Regierung von Getúlio Vargas (1930–1945) fasste darin grundlegende Arbeitsrechte und Normen des individuellen wie kollektiven Kontroll- und Verfahrensrechts zusammen, die zuvor verstreut waren oder nur für bestimmte Berufsgruppen galten. Mit diesem gesetzlichen Rahmen wurde die sogenannte Staatsgewerkschaft oder korporative Gewerkschaftsstruktur eingeführt. Obwohl dieses aufgezwungene Organisationsmodell eine freie Vereinigung der Arbeitnehmer\_innen verhindert und gegen die Grundsätze der ILO-Konvention 87 (Vereinigungsfreiheit) verstößt, die Brasilien nicht ratifiziert hat, wird es bis heute praktisch unverändert fortgeführt.

Die Arbeitsgesetzgebung wurde seit 1943 vielfach reformiert, insbesondere nach der Militärdiktatur durch die Verfassung von 1988 – etwa hinsichtlich des Streikrechts, der Reduzierung der Wochenarbeitszeit oder der Verlängerung des Mutterschutzes – sowie im Jahr 2017 von der Regierung Temer. Die sogenannte offizielle Gewerkschaftsstruktur hat sich zwar verändert, aber ihre Grundpfeiler (mit Ausnahme der Zwangsabgabe, die 2017 abgeschafft wurde) bleiben bestehen: das System der Einheitsgewerkschaft und das Konföderationsprinzip. Dies bedeutet bis heute eine direkte staatliche Einmischung in die Gewerkschaften.

Entsprechend dem System der Einheitsgewerkschaft (*unicidade sindical*) ist je Berufsgruppe oder Wirtschaftseinheit in einem bestimmten geografischen Gebiet (auf kommunaler Ebene) nur eine Gewerkschaft zulässig. Nach dem sogenannten Konföderationsprinzip sind die Gewerkschaftsorganisationen in Form einer Pyramide angeordnet, bei der sich auf der untersten Ebene die kommunalen Gewerkschaften befinden, die nach Berufsgruppen organisiert sind. Es kann aber auch Gewerkschaften geben, die mehrere Gemeinden (z. B. *Sindicato dos Metalúrgicos do ABC*), einen Staat (*Sindicato dos Professores do Estado de São Paulo*, *APEOESP*) oder sogar das ganze Land (*Docentes Universitários*, *ANDES*) abdecken. Auf der nächsthöheren Ebene, den Bundesstaaten, befinden sich »Föderationen« (*federação*) und schließlich, auf nationaler Ebene, die »Konföderationen« (*confederação*).

Obwohl dieses System die Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeit und den Aufbau einer aktiven Gewerkschaftsbewegung gewährleistet hat, hat es auch negative Auswirkungen wie die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Vertretung, die Anpassung der Gewerkschaftsführer an diese Struktur und das Fehlen rechtlicher Garantien und Mechanismen zum Schutz der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb (wie Arbeitnehmerschüsse im Unternehmen oder Betriebsräte).

Der Zusammenschluss kleinerer Gewerkschaften zu größeren Gewerkschaften wird auch aufgrund des Schutzes und der Freistellung von der Arbeit für die Entfaltung gewerkschaftlicher Aktivitäten, die die gewählten Gewerkschaftsführer\_innen während ihrer Amtszeit genießen, erschwert. Die »Aufspaltung« einer Gewerkschaftsbasis ist auch ein Mittel, um für mehr Gewerkschafter\_innen Arbeitsplatzschutz und Freistellung zu erreichen. Die Ausübung der gewerkschaftlichen Tätigkeiten muss jedoch außerhalb des Betriebs erfolgen, was die Gewerkschaftsführer\_innen von den wirklichen Problemen im Betrieb entfernt. Schließlich behindert dieser Mangel an betrieblicher Organisation die Prozesse des sozialen Dialogs und der Konfliktlösung und führt in vielen Fällen dazu, dass Arbeitskonflikte von den Gewerkschaften zu den Arbeitsgerichten getragen werden, anstatt eine Lösung im Dialog zu suchen.

Dass die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaften in Brasilien auf kommunaler Ebene organisiert ist (etwa 80 Prozent), begünstigt die Zersplitterung und behindert ein breiteres gemeinsames Vorgehen. Sektorübergreifende Dachverbände und Einzelgewerkschaften bilden eine Parallelstruktur, die lange Zeit nicht legal anerkannt wurde. Einige wenige Einzelgewerkschaften haben mittlerweile ihre Anerkennung erstritten und erhielten damit auch Mittel aus der Gewerkschaftsabgabe. Die wichtigsten nationalen Dachverbände sind seit 2008 anerkannt.

Neben der Frage der Gewerkschaftseinheit bestehen weitere Beschränkungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit in der Behinderung von Tarifverhandlungen durch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, obwohl Brasilien das Übereinkommen 151 (Vereinigungsrecht und Beschäfti-

gungsbedingungen im öffentlichen Dienst) und die Empfehlung 159 der ILO über Arbeitsbeziehungen in der öffentlichen Verwaltung ratifiziert hat.

Das Streikrecht im öffentlichen Sektor ist zudem an Einschränkungen bei als wesentlich erachteten Diensten geknüpft. Andere Verstöße gegen Übereinkommen, die Brasilien unterzeichnet hat, betreffen das Verbot von Kinderarbeit, die vor allem in der Landwirtschaft, der Viehzucht, dem Handel und der Reparatur, aber auch in anderen Produktionsketten wie der Textilindustrie angeprangert werden. Ähnlich verhält es sich mit Menschen, die Zwangsarbeit und sklavennähnlichen Bedingungen ausgesetzt sind. Allein im März 2023 wurden 2.700 Personen in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht und sogar im Baugewerbe unter diesen Bedingungen registriert.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Die Gewerkschaften der ersten Ebene nehmen die wichtigsten Aufgaben wahr: die Vertretung und Unterstützung der Arbeitnehmer\_innen sowie Tarifverhandlungen. Föderationen bzw. Konföderationen können diese Funktionen gesetzlich nur im Falle der Trägheit oder des Nichtvorhandenseins einer Basisgewerkschaft ausüben. Die Gewerkschaftsdachverbände zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie die Vertretung der Arbeitnehmer\_innen durch ihre Mitgliedsgewerkschaften koordinieren und an öffentlichen Foren, Verhandlungen und tripartiten sozialen Dialogen teilnehmen, die Fragen von allgemeinem Interesse für Arbeitnehmer\_innen erörtern.

In Brasilien existieren zwei Verhandlungsebenen: Auf der sektoralen oder höheren Ebene werden die Tarifverträge (Convenções Coletivas de Trabalho) zwischen zwei oder mehr Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden festgelegt sowie Mindestarbeitsbedingungen (Art. 611-A des CLT) definiert, die im Rahmen der jeweiligen Vertretungen für die einzelnen Arbeitsbeziehungen gelten. Die zweite Ebene ist die Unternehmensebene, die zwischen der Basisgewerkschaft/Berufsgruppe und einem oder mehreren Unternehmen unterzeichnet wird und spezifische Arbeitsbedingungen regelt (Acordos Coletivos de Trabalho), die den Tarifvertrag ergänzen.

Seit der Reform von 2017 sind verschiedene Initiativen zu beobachten, die nicht nur Verhandlungen auf Unternehmensebene (dezentralisiertes Modell), sondern auch Verhandlungen von Arbeitnehmer\_innenvertretungen ohne die Beteiligung von Gewerkschaften fördern. Bis zum Zeitpunkt der Reform hatten Tarifverträge Vorrang vor Kollektivvereinbarungen, was sich mit der Reform jedoch geändert hat, da sie den Vorrang von Verhandlungen vor Gesetzen in jeder Situation garantiert.

Die Tatsache, dass Tarifverträge Vorrang vor gesetzlichen Bestimmungen haben, bedeutet, dass Regelungen unterhalb der gesetzlichen Bestimmungen ausgehandelt werden könnten. Diese Änderungen wirkten sich auch auf die Zahl

der Tarifverhandlungen aus. Der Erfolg der Verhandlungen hängt von politisch-wirtschaftlichen Faktoren und von der Stärke der Gewerkschaft ab. In einigen Sektoren, wie der Öl- und Gasindustrie, der Metallindustrie und dem Bankwesen, sind die Gewerkschaften stark und gut organisiert, was ihnen eine stärkere Verhandlungsposition verleiht. In anderen Sektoren, etwa im Dienstleistungssektor oder im Handel, ist die gewerkschaftliche Organisation schwächer, sodass die Tarifverhandlungen hier weniger erfolgreich sind. Dennoch ist der Deckungsgrad der Verhandlungen nach wie vor hoch. Die Wirksamkeit ist nicht auf die Mitglieder beschränkt, auch wenn das Quorum für die Beschlussfassung in den Versammlungen nur aus Mitgliedern bestehen darf.

Die Vertretung prekär Beschäftigter stellt für die Gewerkschaften in Brasilien eine Herausforderung dar, da die Gewerkschaftsstruktur primär darauf ausgelegt ist, formelle Arbeitnehmer\_innen zu vertreten, der brasilianische Arbeitsmarkt jedoch gleichzeitig durch eine große Heterogenität und einen hohen Grad an Informalität gekennzeichnet ist. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die traditionellen Gewerkschaften nicht versuchen, die Belange von historisch marginalisierten Sektoren wie Frauen, Jugendlichen und Schwarzen zu berücksichtigen. Zudem gibt es auch Erfahrungen mit der Gründung von Gewerkschaften im informellen und autonomen Sektor.

Nach der Gewerkschaftsreform, die die Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht hat, und dem enormen Anstieg der Zahl von Arbeitnehmer\_innen ohne formellen Arbeitsvertrag, die als informelle Kleinstunternehmer (Micro Empreendedor Informal, MEI) tätig sind, hat sich diese Schwierigkeit jedoch exponentiell erhöht. Die Arbeitnehmer\_innen können als »Unternehmen« (Kleinstunternehmer) fungieren und von Unternehmen beauftragt werden – ohne Arbeitsrechte, ohne gewerkschaftlichen Schutz und mit minimaler sozialer Sicherung. Es gibt einige Erfahrungen, z. B. im Bausektor, wo die Gewerkschaften diese Selbstständigen aufnehmen, allerdings mit einem anderen Status als andere Arbeitnehmer\_innen.

Eine weitere Herausforderung ist die Vertretung von Arbeitnehmer\_innen in den Plattformökonomien. Mit dem Anstieg der Nachfrage nach diesen Dienstleistungen, insbesondere während der Corona-Pandemie, wurde die Notwendigkeit deutlich, die Arbeitsbedingungen der Zusteller\_innen, insbesondere der Lieferdienste (zumeist auf Fahr- und Motorräder), zu organisieren und zu verbessern. Es bestehen verschiedene Schwierigkeiten bei der Vertretung dieser Arbeitnehmer\_innen, von den rechtlichen Fragen der Vertretung über einen Mangel an Strategie für einen Teil der Dachgewerkschaft bis hin zur Nichtanerkennung des Beschäftigungsverhältnisses durch die Unternehmen. Im Falle der Fahrdienststapps wie Uber wurden Kollektive speziell für diese Arbeitnehmer\_innen gegründet, beispielsweise die Gewerkschaft der Arbeitnehmer\_innen im interkommunalen Landverkehr im Bundesstaat São Paulo, die Gewerkschaft der Fahrer\_innen im privaten Individualverkehr in Pernambuco, die Gewerkschaft der autonomen Fahrer\_innen im privaten Individualverkehr im Bundesdistrikt, die Gewerkschaft der

Fahrer\_innen im privaten Individualverkehr im Landverkehr in Rio de Janeiro sowie die Gewerkschaft der Fahrer\_innen im Individualverkehr über App in Rio Grande do Sul.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Seit den 2000er-Jahren suchen Gewerkschafter\_innen internationale Unterstützung für die Lösung lokaler Konflikte und für produktivere Investitionen in der Region, in der sich die Fabriken befinden. Einige gewerkschaftliche Nord-Süd-Netzwerke führten zur Bildung von Weltarbeitnehmer\_innenausschüssen nach dem Vorbild des Europäischen Betriebsrats.

Diese Gremien trugen zur Schaffung von Internationalen Rahmenvereinbarungen (IFAs) bei, wie im Fall von Volkswagen und Daimler, die die Standardisierung der Arbeitsbedingungen auf der Grundlage der ILO-Übereinkommen (C87, C98, C105, C182, C100, C155 und C159) berücksichtigen. Ein weiteres Beispiel für den Einfluss der brasilianischen Gewerkschaften ist die Gründung von IndustriALL Brasil im Jahr 2020, die aus der Einheit von CUT und FS sowie ihren angeschlossenen Gewerkschaften, Verbänden und Konföderationen hervorgegangen ist. Der Schwerpunkt liegt auf der Erarbeitung politischer Vorschläge für die Reindustrialisierung und die Organisation der Gewerkschaftsbewegung.

Auf nationaler Ebene war die Politik zur Aufwertung des Mindestlohns ein wesentlicher gewerkschaftlicher Erfolg. Die Gewerkschaften hatten sich insbesondere zu Beginn von Lulas ersten Amtszeiten in nationalen Kampagnen und Märschen nach Brasília (2004, 2005 und 2006) für eine reale Lohnerhöhung für die Arbeitnehmer\_innen eingesetzt.

Die brasilianischen Gewerkschaften verloren während der Regierung von Michel Temer und Jair Bolsonaro enorm an politischem Gewicht. Durch die Arbeitsmarktreform haben sie nicht nur Mitglieder, sondern auch ihre Finanzierungsgrundlage verloren. Dennoch konnten sie sich weiterhin für Arbeitnehmer\_innen einsetzen und kämpften während der Corona-Pandemie für den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Gesundheit der Arbeitnehmer\_innen. Viele Gewerkschaftsorganisationen gingen in dieser Zeit neue Wege, indem sie virtuelle Versammlungen abhielten, elektronische Informationskanäle zur Unterstützung der Arbeitnehmer\_innen einrichteten oder sogar finanzielle und soziale Unterstützung für angeschlossene und nicht angeschlossene Arbeitnehmer\_innen anboten. Der Druck der Gewerkschaftsbewegung war zudem ausschlaggebend für soziale Maßnahmen wie die Höhe finanzieller Soforthilfen während der Pandemie (*auxilio emergencial*).

Die brasilianische Gewerkschaftsbewegung steht gegenwärtig vor großen Herausforderungen. Dabei geht es nicht nur darum, Strategien zur Gewinnung neuer Mitglieder zu finden, sondern auch um Fragen im Zusammenhang mit neuen Technologien, künstlicher Intelligenz, der Umstrukturierung von Arbeitsplätzen und der Regulierung von Plattformökonomien. Die Gewerkschaften sind gefragt, sich an

einer Politik zu beteiligen, die dem Prozess der Deindustrialisierung und der Reprimarisierung der Wirtschaft entgegenwirkt, deren Flaggschiff die Agrarindustrie ist, die nur wenige Arbeitsplätze schafft.

In der sogenannten 3. CONCLAT im Jahr 2022 formulierten die Gewerkschaften eine einheitliche Agenda mit zwölf Prioritäten, wobei der Schwerpunkt auf folgenden Punkten lag:

Wiederaufnahme des Programms zur Anhebung des Mindestlohns; Einführung eines Grundeinkommensprogramms; Umsetzung aktiver Maßnahmen zur Schaffung von Arbeit und Einkommen; Implementierung eines Rechtsrahmens für einen umfassenden Sozial-, Arbeits- und Sozialversicherungsschutz; Förderung aktiver Beschäftigungs- und Einkommensmaßnahmen für Frauen, Schwarze, schwarze Jugendliche, Behinderte und LGBTQIA+; Gewährleistung des Schutzes für Arbeitslose; Beseitigung der Armut; Wiederaufnahme der Räte und thematischen Konferenzen zur Förderung öffentlicher Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung; sowie eine Gewerkschaftsreform. Von diesen Forderungen wurden bisher der Mindestlohn umgesetzt, aber auch Räte zur stärkeren Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Gewerkschaften in Entscheidungsprozessen eingeführt sowie die gesetzliche Verpflichtung zum gleichen Lohnniveau für Frauen und Männern bei gleicher Tätigkeit beschlossen.

Die Wahl Lulas hat einerseits die Möglichkeit eröffnet, die Arbeiterbewegung wieder ins politische Spiel zu bringen. Andererseits sind die institutionellen Grenzen nach wie vor stark: Neben dem Fortbestehen der herausfordernden Gewerkschaftsstruktur ist das Parlament mehrheitlich konservativ ausgerichtet. Auch in der Gesellschaft bleibt die Auseinandersetzung angesichts der Existenz einer gewerkschaftsfeindlichen rechten Stimmung, die sich im sog. Bolsoranismus ausdrückt, intensiv. Infolgedessen steht die brasilianische Gewerkschaftsbewegung vor vier Herausforderungen: (1) Repräsentativität, (2) Organisation, (3) Entwicklung einer Agenda von Arbeitsrechten und (4) die Mobilisierung für diese Agenda.

Trotz dieser Herausforderungen sind die Gewerkschaften der historische Ausdruck des Kampfes für den Zugang und die Ausübung von Rechten und zur Staatsbürgerschaft und sind nach wie vor ein grundlegendes Mittel zur Verteidigung der Interessen der arbeitenden Klassen. Die Gewerkschaften spielen weiterhin eine strategische Rolle: Sie haben die Fähigkeit, das Leben der Menschen zu verändern und sie haben die Fähigkeit zur Innovation, wie sie in anderen schwierigen Zeiten bewiesen haben (im Kampf gegen die Militärdiktatur, für die Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft, im Prozess der verfassungsgebenden Versammlung 1988). Es ist jedoch noch ein weiter Weg bis zur Neuerfindung und der Wiederherstellung des politischen Momentums.

**Jan Souverein**, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien

## KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:  
Ulrich Storck, Referent für Brasilien, Uruguay,  
Gewerkschaften und Handel  
[ulrich.storck@fes.de](mailto:ulrich.storck@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.